

SPD Winnenden - Hauptversammlung vom 23. Februar 2018

Rede des 1. Vorsitzenden Andreas Herfurth

Wenn wir heutzutage die Zeitung aufschlagen oder Nachrichten hören, dann fragen wir uns fassungslos: Ist die Welt nur noch verrückt? Und wohin wird das noch führen? Die Zeiten haben sich dramatisch verändert.

Der US-Präsident - die USA ist Weltmacht - sagt angesichts - um nur ein jüngstes Beispiel zu nehmen - das FBI sei Schuld an dem Amoklauf, da es sich zu sehr um die Einmischung von Russland in den US-Wahlkampf kümmern würde und somit die originären Aufgaben vernachlässigen würde.

Und da steht Trump hin und hat die Frechheit zu sagen, er will in den Schulen die Lehrer und Lehrerinnen mit Waffen ausstatten, damit sie einen Amokläufer niederschließen können. Das ist Wilder Westen pur.

Etwas selbstkritisch gesagt: Wir hatten in Winnenden 2009 Amoklauf. Wir sind in Deutschland mit dem Verbot von großkalibrigen Waffen auch nicht weiter gekommen. Auch die Landes-SPD hat hier gemauert. Das zeigt: Es gibt eine große Kluft zwischen Schönreden und den Taten, die dann folgen.

Wir brauchen uns dann auch nicht wundern, wenn das Vertrauen in die Politik allgemein und in die Politik der SPD schwindet und der Wunsch nach einem starken Mann entsteht.

Diese Diskrepanz gilt auch in anderen Bereichen. Es seien beispielhaft genannt: Dieselskandal / Fahrverbot Innenstädte - Autobranche verteilt Prämien an die Mitarbeiter und weigert sich beharrlich, eine Nachrüstung günstig anzubieten. Weiteres Beispiel: Die Bundeswehr hat 6 U Boote, von den 6 U Booten sind d 6 nicht einsatzbereit.

Die Türkei marschiert in Syrien ein – das ist völkerrechtswidrig – und geht mit deutschen Panzern gegen die Kurden vor, um zu verhindern, dass ein eigenständiger Kurdenstaat entsteht. Die Türkei ist Natomitglied. Das ist Machtpolitik pur. Die Weltmächte blockieren sich im UN-Sicherheitsrat. Die Nato und die EU halten still. Sie halten still, weil man Angst hat, dass wenn die Türkei die Grenzen aufmacht, der Flüchtlingsstrom wieder beginnt.

Die Zeiten stehen auf „Der Stärkere hat Recht, zuerst kommt mein Land“ (Amerika first) und damit auf Abschottungspolitik und damit auf Nationalismus. Dieser Politik jubeln sehr viele zu. Langfristig führt sie in die Katastrophe.

Vielleicht sind wir Deutsche aufgrund unserer neueren Geschichte für Katastrophenfragestellungen besonders empfindlich. Zu Recht.

Wir, die SPD - wir sind Friedenspartei - sind aufgerufen, den Mut zu haben, gegen diese Abschottungspolitik, gegen Nationalismus dagegen zu halten. Wir brauchen keine Abschottungspolitik sondern eine Politik der internationalen Solidarität. **Um das klar zu sagen: Das kann man nur dann organisieren, wenn man auch Regierungsverantwortung übernimmt.**

Begründung:

Es ist bekannt, dass weltweit Millionen von Menschen auf der Flucht sind. Bedingt durch Kriege, Verfolgung, Verlust der wirtschaftlichen Grundlagen. Es ist weiter bekannt, dass der Klimawandel die Existenzgrundlage vieler Menschen bedrohen wird.

Glauvt man wirklich, dass ein Teil der Menschheit wie die Maden leben kann und der Rest zusieht, wie man verreckt?

Und diesen Zusammenhang müssen wir den Mut haben, den WählerInnen zu verklickern.

Wenn wir strategisch nicht helfen, das tut jetzt weh, dann wird die Zeit kommen, dann wird es richtig wehtun.

Die Große Koalition hat in den vergangenen zwei/drei Jahren immer davon gesprochen: Wir müssen Fluchtursachen bekämpfen. Was ist passiert? Millionen von Menschen kampieren in Flüchtlingslagern unter elenden Verhältnissen. Warum gibt's dort keine Schulen, keine Ausbildungsmöglichkeiten? Wir wissen, dass die Verhältnisse in den libyschen Auffanglagern kritisch zu sehen sind. Warum wird nicht eingeschritten? Es ist EU-Geld.

Zur Orangenverkaufsaktion habe ich getextet: Die Aktion wird die Welt nicht retten. Aber sie leistet einen kleinen Beitrag zu einer besseren Welt. Europa, Deutschland alleine können die Welt nicht retten, aber wenn wir die Diskussion nicht führen, welchen Beitrag wir leisten sollten, aus humanitären Gründen und aus machtpolitischen Gründen und uns damit zur Abschottungspolitik ganz klar abgrenzen, dann werden wir nicht mehr gewählt.

Das ist meine Meinung: Globale Verantwortung mit internationaler Solidarität sowie Europa das sind die friedensentscheidende Themen. Wir als Ortsverein - siehe unser Antrag Brexit - sollten mit diesen Themen weiter machen.

2017 war geprägt von der Bundestagswahl. Ich erzähle nicht viel. Erwähnen möchte ich aber: Wir sitzen eigentlich immer noch fassungslos vor dem Ergebnis und begreifen das alles nicht. Es hat angefangen mit dem Schulz-Hype. Ich darf erinnern: Wir als Ortsverein haben eine E-Mail geschrieben: Lieber Martin, Du musst es machen, und lieber Sigmar, Du musst zugunsten von Martin verzichten. Wir in Winnenden haben das gemacht, was in unseren Möglichkeiten stand.

Zum Trost für die kritische Lage, in der die SPD sich befindet:
Die SPD ist in der Krise. Eine Krise kann auch was Gutes bewirken, nämlich dann, wenn man die Chance ergreift, richtige Schlüsse daraus zu ziehen. Deutschland braucht eine starke Stimme, die Frieden sichert, für Europa steht, die Zukunftssicherung betreibt und Solidarität einfordert. Das ist Sozialdemokratie, SPD.